

Niederschrift

**über die 4. Sitzung des verfahrensbegleitenden Ausschusses (vbA) zum
Regionalen Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft Städtregion Ruhr
(Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen)**

am Freitag, 08. April 2016, 12:00 Uhr – 13:10 Uhr

Rathaus, Stadt Essen, Porscheplatz 1, 45121 Essen

Anwesende:

Mitglieder	Heinz-Dieter Fleskes	Stadt Bochum
	Simone Gottschlich	Stadt Bochum
	Martina Foltys-Banning	Stadt Bochum
	Martin Schlauch	Stadt Essen
	Klaus Diekmann	Stadt Essen
	Christoph Kersch	Stadt Essen
	Oswin Dillmann	Stadt Gelsenkirchen
	Silke Ossowski	Stadt Gelsenkirchen
	Werner Wöll	Stadt Gelsenkirchen
	Burkhard Wüllscheidt	Stadt Gelsenkirchen
	Wolfgang Pfeiffer	Stadt Herne
	Ulrich Syberg	Stadt Herne
	Barbara Merten	Stadt Herne
	Pascal Krüger	Stadt Herne
	Dieter Wiechering	Stadt Mülheim an der Ruhr
	Claus Schindler	Stadt Mülheim an der Ruhr
	Christina Kaldenhoff	Stadt Mülheim an der Ruhr
	Hans-Hermann Stollen	Stadt Mülheim an der Ruhr
	Hubert Cordes	Stadt Oberhausen
	Regina Wittmann	Stadt Oberhausen
Verwaltung:	Dr. Markus Bradtke	Stadt Bochum
	Karlheinz Friedrichs	Stadt Herne
	Jürgen Liebich	Stadt Mülheim an der Ruhr
Gäste:	Michael Bongartz	Regionalverband Ruhr
Schriftführerin:	Birgit Mollen	Stadt Essen
Es fehlten entschuldigt:	Sabine Lauxen	Stadt Oberhausen
	Dirk Schmidt	Stadt Bochum
	Guntmar Kipphardt	Stadt Essen

Drucksachen	TOP Beratungsgegenstand	Nummer
A) <u>Öffentlicher Teil</u>		
1.	Abstimmung der Tagesordnung	
2.	RFNP: Einleitungs- und Erarbeitungsbeschluss für das Änderungsverfahren 23 HER „Dienstleistungspark Schloss Strünkede“ zum Regionalen Flächennutzungsplan Referent: Herr Friedrichs, Herne	001
3.	Sachstand zur Nachnutzung Opel / Perspektive 2022 Referent: Herr Dr. Bradtke, Bochum	002
4.	Aktuelle Entwicklungen in der Region • Information zum Sachstand Regionalplan, Herr Bongartz (RVR) sowie Perspektive der Planungsgemeinschaft (H. Friedrichs) • Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplans NRW Referent: Herr Friedrichs, Herne • Sachstand Novellierung Landesplanungsgesetz, mündlicher Bericht Referent: Herr Friedrichs, Herne • Rechtswirksamkeit der Änderungsverfahren 18, 19 HER und 20 OB, mündlicher Bericht, Referent: Herr Friedrichs, Herne	003
5.	Anträge	
6.	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
7.	Mitteilungen der Verwaltung	
B) <u>Nichtöffentlicher Teil</u>		
./.		

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dieter Wiechering, eröffnet um 12:09 Uhr die vierte Sitzung des vbA zum Regionalen Flächennutzungsplan der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen und heißt die Anwesenden im Rathaus der Stadt Essen herzlich willkommen.

Er stellt nunmehr fest, dass die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht übersandt wurde.

1. Abstimmung der Tagesordnung

Herr Wiechering ruft die Tagesordnung auf und stellt fest, dass der Ausschuss die Tagesordnung in der vorliegenden Form billigt und ruft TOP 2 der Tagesordnung auf.

2. RFNP: Einleitungs- und Erarbeitungsbeschluss für das Änderungsverfahren 23 HER „Dienstleistungspark Schloss Strünkede“ zum Regionalen Flächennutzungsplan Referent: Herr Friedrichs, Herne

001

Herr Friedrichs, Stadt Herne, erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation das Änderungsverfahren 23 HER „Dienstleistungspark Schloss Strünkede“. Es handelt sich um das Gelände des ehemaligen Baukauer Kirmesplatzes. Zielsetzung ist ein Dienstleistungspark inkl. Einzelhandel zur Nahversorgung, Ausweisung daher als SO großflächiger Einzelhandel. Außerdem soll tlw. Wohnbebauung realisiert werden.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Herr Krüger, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Stadt Herne, kritisiert, dass im Rahmen des Änderungsverfahrens ein Grünzug überplant wird und fragt nach der Notwendigkeit eines großflächigen Einzelhandels. Da die Grüne Fraktion in Herne intern erst nächste Woche über das Vorhaben berät, kündigt er an, dass sich die Fraktion heute enthalten wird.

Herr Friedrichs führt hierzu aus, dass ein Vollsortimenter, z.B. REWE geplant sei, der Versorgungsfunktion für den Stadtteil übernehmen soll. Die Zweckbestimmung des Sondergebiets wird im weiteren RFNP-Änderungsverfahren noch genauer gefasst, die Einzelheiten auf Ebene des Bebauungsplans geregelt.

Zu den Ausführungen der Verwaltung gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Der Ausschuss empfiehlt den Räten der beteiligten Städte folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt <Name>beschließt gemäß § 19 Abs. 1 in Verbindung mit § 39 Landesplanungsgesetz und § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch die Erarbeitung folgender Änderung zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP) und die Einleitung des Planverfahrens

23 HER Dienstleistungspark Schloss Strünkede

Die Beschlussfassung zu dem Verfahren 23 HER erfolgt einstimmig unter Enthaltung der Grünen.

3. Sachstand zur Nachnutzung Opel / Perspektive 2022 **Referent: Herr Dr. Bradtke, Bochum**

002

Herr Dr. Bradtke, Stadt Bochum, stellt sich vor. Er ist seit 01.10.2015 Baudezernent in Bochum, seiner Heimatstadt und war vorher in Witten beschäftigt. Er erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den Sachstand zur Nachnutzung der OPEL Flächen. Es handelt sich um 3 Standorte, die insgesamt 160 ha umfassen. Die Nachnutzungsgedanken sind das Ergebnis eines 2013 durchgeführten städtischen Workshops. Eine Konkretisierung der städtebaulichen Konzeption erfolgte durch die Auslobung eines städtebaulichen Wettbewerbs, dessen 1. Preisträger das Büro skt Umbaukultur aus Bonn ist.

Auf der Fläche OPEL-Werk 1 soll u.a. der Dienstleister DHL angesiedelt werden. Im Bereich der OPEL Flächen II und III soll das Warenverteilzentrum von OPEL mit der Lehrwerkstatt erhalten bleiben.

Herr Dr. Bradtke erläutert darüber hinaus die Leitidee Bochum 4.0 und damit die Entwicklung des Standortes vom industriellen Bergbau zu einem wissensbasierten Wirtschaftsstandort.

Die Offenlage des Bebauungsplans hat bereits im I. Quartal 2016 stattgefunden, der Satzungsbeschluss soll noch zur Sommerpause erfolgen.

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Nachnutzung Opel/Bochum Perspektive 2022 zur Kenntnis.

4. Aktuelle Entwicklungen in der Region

- **Information zum Sachstand Regionalplan, Herr Bongartz (RVR) sowie Perspektive der Planungsgemeinschaft (H. Friedrichs)**

Herr Bongartz, RVR, erläutert anhand einer Power Point Präsentation den aktuellen Sachstand der Regionalplanaufstellung, konkret die Arbeitsphasen 2015/16. Demzufolge sollen die Kommunalgespräche im September 2016 abgeschlossen werden, anschließend erfolgt die Formulierung der textlichen Festlegungen (Ziele und Grundsätze). In einer Sondersitzung des Planungs- und Umweltausschusses Anfang 2016 wurde den politischen Vertretern des RVR der Sachstand erörtert. Parallel zur Regionalplanerarbeitung wird ein sog. Handlungsprogramm erstellt, das die Strategie etc. erläutert.

In den derzeit stattfindenden Kreis- und Kommunalgesprächen werden die bisherigen Inhalte der Plankarte thematisiert. Aktuell sind Gespräche mit 43 Kommunen und 3 Kreisen geführt worden. Inhaltliche Schwerpunkte der Gespräche sind z.B. die Erörterung der Flächenbedarfe, Trassenabstimmungen, Flächenrücknahmen und Freiraumfestsetzungen. Herr Bongartz führt aus, dass die Einschätzung der Kommunen bisher sehr positiv sei. In der nächsten Arbeitsphase erfolgt die Nachbetrachtung der Kommunalgespräche, Ende 2017 soll der Erarbeitungsbeschluss gefasst werden.

Herr Friedrichs, Stadt Herne, ergänzt die Ausführungen von Herrn Bongartz aus der Perspektive der Planungsgemeinschaft anhand einer Power Point Präsentation. Er weist daraufhin, dass sich die Regionalplanerarbeitung weiterhin im informellen Verfahren befindet. Die Kommunen prüfen derzeit, in welchem Umfang und wo die von RVR ermittelten rechnerischen Handlungsbedarfe für zusätzliche Siedlungsbereiche räumlich zugeordnet werden können.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

- **Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplans NRW
Referent: Herr Friedrichs, Herne**

003

Herr Friedrichs, Stadt Herne, erläutert, dass die in Rede stehende Vorlage mittlerweile versandt worden sei.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zum Entwurf des LEP zur Kenntnis.

- **Sachstand Novellierung Landesplanungsgesetz, mündlicher Bericht
Referent: Herr Friedrichs, Herne**

Herr Friedrichs erläutert, dass das Zweite Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen (LPIG) am 08. Dezember 2015 wie beschlossen worden ist. Damit ist es der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr bis zum Aufstellungsbeschluss des Regionalplans durch den RVR weiterhin möglich den Regionalen Flächennutzungsplan zu bewirtschaften.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

- **Rechtswirksamkeit der Änderungsverfahren 18, 19 HER und 20 OB, mündlicher Bericht, Referent: Herr Friedrichs, Herne**

Herr Friedrichs erläutert, dass nachfolgende RFNP-Änderungen mit der Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW am 24.02.2016 sowie den parallel erfolgten kommunalen Bekanntmachungen wirksam geworden sind:

18 HER „Nördlich Landgrafenstraße“
 19 HER „Jürgens Hof“ und
 20 OB „Vestische Straße“

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Die nachfolgende Diskussion zu TOP 4. lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Herr Wüllscheidt, Stadt Gelsenkirchen, fragt konkret nach der Darstellung des „ehemaligen Kraftwerksstandortes Heßler“ in Gelsenkirchen als Gewerbestandort. Hierzu kann derzeit noch keine Aussage getroffen werden, da der Umgang der Staatskanzlei mit der Stellungnahme der Planungsgemeinschaft noch offen ist.

Frau Foltys-Banning, Stadt Bochum, befürchtet, dass die neuen Bedarfszahlen des RVR für Wohnbau- und Gewerbeflächen auch einen größeren Druck auf die Inanspruchnahme von Freiflächen bewirken werden und hält dieses für sehr bedauerlich. Gerade deshalb sei die Inanspruchnahme von Freiraum durch die Kommunen auf ein verantwortungsvolles Maß zu begrenzen.

Herr Wöll, Stadt Gelsenkirchen, bringt im Zusammenhang mit Flächennachfrage auch den planerischen Handlungsbedarf für Zuwanderer aus Südosteuropa gerade in Gelsenkirchen zur Sprache. Hier müsste auch die Inanspruchnahme älterer Wohnungsbestände und Schrottimmobilien einbezogen werden.

Herr Bongartz erläutert hierzu, dass nach einem Rückgang der Wohnbauflächennachfrage in den letzten Jahren durch die Flüchtlingsproblematik aktuell eine verstärkte Nachfrage zu verzeichnen sei. Da es keine gesicherten Zahlen diesbezüglich vorliegen, habe der RVR seinen Betrachtungszeitraum ausgeweitet, um den Kommunen hierdurch einen größeren Spielraum in der Verortung von Siedlungsflächen einzuräumen. Er verweist zudem auf das Instrument der „regionalen Kooperationsstandorte“, mit dem großflächige Gewerbestandorte interkommunal entwickelt werden sollen. Herr Bongartz bietet an, in der nächsten Sitzung des Ausschusses dieses Instrument vorzustellen.

H. Kersch, Stadt Essen, ergänzt, dass der RVR mit dem Instrument „RuhrFIS“ bereits entsprechende Zahlen zu den planerischen Flächenreserven veröffentlicht habe. Hierbei wurde deutlich, dass die bestehenden Reserven in den meisten RFNP-Städten nicht ausreichen. Er führt aus, dass es positiv sei, im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans Ruhr zum jetzigen

Verfahrensstand noch die Möglichkeit zu haben, auf die veränderten Flächenansprüche für Wohnen und Gewerbe zu reagieren.

Herr Wüllscheidt, Stadt Gelsenkirchen, hinterfragt nochmals, welche Konzepte/ Herangehensweisen die Kommunen verfolgen, um die neuen Bedarfszahlen des RVR zu erfüllen und wie hierbei vor allem die Qualität der Flächen berücksichtigt wird. In diesem Zusammenhang bittet der Ausschuss darum, dass die Verwaltung in der nächsten Sitzung darstellt, wie in den Kommunen mit dieser qualitativen und quantitativen Herausforderung umgegangen wird.

Herr Friedrichs entgegnet hierzu, dass die Verwaltungen der RFNP-Städte derzeit die Bedarfszahlen des RVR und deren Verortungsmöglichkeiten prüfen. Hier seien durchaus unterschiedliche Herangehensweisen erkennbar. Welcher Sachstand in der nächsten Sitzung präsentiert werden kann, ist noch zu klären. Grundsätzlich kann ein solcher Bericht aber zugesagt werden.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

5. Anträge

./.

6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

./.

7. Mitteilungen der Verwaltung

Die Präsentationen zu den Tagesordnungspunkten 2. bis 4. sind als Anlage beigefügt und stehen zusätzlich auf der Internetseite der Städteregion Ruhr unter <http://www.staedteregion-ruhr-2030.de> als download bereit.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 13:10 Uhr geschlossen.

B) Nicht öffentlicher Teil

./.

Zum nicht öffentlichen Teil gibt es keine Wortmeldungen.

Die Sitzung wird um 13:10 Uhr geschlossen.

**gez. Wiechering
Ausschussvorsitzender**

**gez. Mollen
Schriftführerin**

Anlagen